



Odeonsplatz 14, 80539 München,  
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)  
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

---

## **Positionspapier**

**„Agenda 2012“  
Vor großen nationalen und internationalen Herausforderungen**

**Dr. Otto Wiesheu**

München, im Januar 2012

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz, die wir für das abgelaufene Jahr ziehen können, gehört zu den besten der Nachkriegsgeschichte. Der Aufschwung hat sich auf breiter Front fortgesetzt. Kaum eine Branche in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgerbe stand 2011 im Konjunkturschatten. Erneut dürften 3 Prozent Realwachstum zu Buche geschlagen haben. Die Ausfuhren bewegten sich zuletzt wieder auf Rekordkurs. Der schwere Einbruch von 2009 ist wettgemacht. Anders als in früheren Jahren hat auch die Binnennachfrage für positive Impulse gesorgt. Die Verbraucher waren ausgabefreudiger; die Unternehmen haben deutlich mehr investiert. Nie zuvor gab es in Bayern mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als heute – rd. 4,7 Millionen. In weiten Teilen des Freistaats liegt die Arbeitslosenrate unter 3 Prozent. Das ist praktisch Vollbeschäftigung. Wachsende Fachkräfteknappheit beginnt als beschäftigungspolitische Herausforderung den jahrelangen Mangel an Arbeit abzulösen.

### **Wirtschaft zum Jahreswechsel 2011/2012 in stabiler Verfassung**

Festzustellen ist: Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in Deutschland und Bayern nach dem Lehman-Crash und dem Absturz der Weltwirtschaft 2008/2009 hat besser funktioniert als in vielen anderen Ländern Europas und jenseits der europäischen Grenzen. Dazu beigetragen hat die in den letzten Jahren gewonnene internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind deshalb schneller aus der schweren Rezession wieder herausgekommen. Unsere Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel 2011/2012 insgesamt in einer stabilen und robusten Verfassung. Das verschafft dem früheren „kranken Mann Europas“ heute international Respekt und Anerkennung.

Anfang 2012 sind die Prognosen auch für die deutsche Wirtschaft allerdings nicht mehr so gut wie vor Jahresfrist. Mit einer erneuten Rezession rechnet zwar kaum einer der professionellen Auguren. Aber das Wachstum soll sich nach allen Vorhersagen spürbar verlangsamen und im Jahresdurchschnitt auf die Größenordnung von nur noch 0,5 Prozent bis 1 Prozent abflachen, obwohl viele Betriebe nach wie vor über gut gefüllte Auftragsbücher verfügen. Dies ist ein kritischer Punkt. Die Lage folgt häufig genug der Stimmung. Wird Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung geweckt, werden sehr schnell Investitionsentscheidungen in den Unternehmen aufgeschoben, Einstellungspläne vertagt; die Verbraucher verschieben Anschaffungen. Die Negativprognosen beginnen sich selbst zu erfüllen. Das darf nicht passieren. Gleichzeitig können wir es uns nicht erlauben, den Aufschwung durch Untätigkeit oder falsche Entscheidungen in der Politik auf internationaler und nationaler Ebene zu unterminieren. Aktive wirtschafts- und finanzpolitische Zukunftssicherung ist und bleibt eine Daueraufgabe.

### **Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken**

Die große übergreifende Herausforderung bleibt es, das uneingeschränkte Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wiederherzustellen. Als dritter Weg jenseits von Sozialismus und schrankenlosem Kapitalismus ist und bleibt sie die zukunftsfähigste aller Ordnungen – auch wenn ihr Ansehen in Ost- und Westdeutschland unter der Krise auf

den Finanzmärkten spürbar gelitten hat. Fälschlicherweise. Die Finanzmarktkrise war keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Sie hat gezeigt, welche verhängnisvollen Fehlentwicklungen eintreten, wenn Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft über Bord geworfen und zentrale Leitideen wie das Zusammengehören von Freiheit und Verantwortung, Chance und Haftung sträflich missachtet werden.

Wir müssen zurück zu Eucken, Röpke, Müller-Armack, Ludwig Erhard. Schon Ihnen war klar: Wirtschaft und Markt können sich nicht völlig selbst überlassen werden. Sie müssen auf den Werten des Grundgesetzes aufbauen, also auf Freiheit, Subsidiarität und Beteiligungsgerechtigkeit. Das sind die gleichen Werte, auf denen die anderen Säulen unserer Gesellschaftsordnung – parlamentarische Demokratie, liberaler Rechtsstaat und aktivierender Sozialstaat beruhen. Keine dieser Säulen kann ohne Gefährdung der anderen herausgebrochen werden. Und ebenso wie diese Bereiche brauchen Wirtschaft und Markt spezielle Regeln, die im Ergebnis in allen Bereichen zu einem fairen Leistungswettbewerb führen und damit den Wohlstand aller nachhaltig fördern. Hinzu kommt: Die Regeln müssen überwacht und durchgesetzt werden. Das bedeutet: Der Staat spielt nicht selbst als Akteur im Wirtschaftsleben mit. Aber er sorgt als starker Ordnungsfaktor für funktionierende Märkte. Und je globaler die Wirtschaft agiert, desto internationaler muss das Regelwerk werden.

### **Regulierung der Finanzmärkte vollenden**

Das gilt auch und gerade auch für die Finanzmärkte. Eine bessere Regulierung ist hier zuallererst geboten. „Kein Land, kein Finanzinstitut, kein Finanzprodukt“ darf mehr unreguliert bleiben, hatten sich die G20 unmittelbar nach dem Lehmann-Desaster als Agenda vorgenommen. Leider ist es bisher vielfach bei Absichtserklärungen geblieben. Drei Jahre nach dem Fast-Zusammenbruch des Weltfinanzsystems ist im Bereich des Derivatehandels, der Schattenbanken, der Hedgefonds etc. vieles noch immer nicht reguliert. Die Widerstände dagegen werden größer, weil einige Länder ihre Industrie vernachlässigt haben und wesentlich von ihren Finanzplätzen leben. Dabei ist klar: Eine nochmalige globale Finanzkrise vom Ausmaß der letzten könnte die Staatengemeinschaft nicht mehr beherrschen. Die Bankenabgabe mit ihrem jährlichen Aufkommen von kaum mehr als 1 Mrd. Euro in Deutschland würde uns jedenfalls nicht retten. Dann stünde alles in Frage: auch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Deshalb dürfen wir in diesem existenziellen Punkt auch nicht nachgeben.

In einem engen Zusammenhang damit steht die schwere Staatsschuldenkrise in der Eurozone, die uns seit dem 9. Mai 2010, als das erste Rettungspaket für Griechenland geschnürt werden musste, immer stärker in Atem gehalten hat. Auch diese Krise geht letztlich auf grobe haushaltspolitische Disziplinlosigkeit, mangelnde Verantwortung und klare Regelverstöße gegen den Geist der Sozialen Marktwirtschaft zurück. Es war deshalb richtig und wichtig, dass Bundeskanzlerin Merkel auf dem EU-Gipfel am 8./9. Dezember in Brüssel mit Härte und Beharrlichkeit für mehr und dauerhafte finanzpolitische Disziplin in der EU gekämpft hat. Das Thema „Eurobonds“ (=Vergemeinschaftung der Schulden) ist ebenso vom Tisch, wie die Forderung, der EZB einen Freibrief auszustellen zugunsten einer Staatsfinanzierung durch die Notenpresse.

## **Schuldenkrise: Kurs halten**

Die Hauptverantwortung für die Überwindung der Schuldenkrise bleibt dort, wo sie hingehört: in der Eigenverantwortung der zu hoch verschuldeten Staaten. Die Schuldenstaaten müssen einen schmerzhaften Sparkurs verfolgen, ihre Steuerbasis verbreitern und Privatisierungserlöse realisieren, um von ihren zu hohen Schuldenständen herunterzukommen. Sparen allein genügt aber nicht. Die betroffenen Länder müssen gleichzeitig durch Kostendisziplin und gezielte Anreize zugunsten von Investitionen, Innovationen und Unternehmensgründungen ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, um neues Wachstum anzustoßen und um ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen und möglichst in Überschüsse zu verwandeln. Nur sparen, reformieren, investieren führt aus der Krise und bringt die notwendige Kreditwürdigkeit an den internationalen Finanzmärkten zurück. Überbrückungshilfen dürfen diesen Reformzwang nicht außer Kraft setzen. Eine Transferunion nach dem Muster unseres Länderfinanzausgleichs jenseits der bereits bestehenden Kohäsions- und Regionalfonds würde Europa im Spiel der globalen Mächte insgesamt schwächen. Dieser Weg darf nicht gegangen werden.

## **Vorbildliche bayerische Haushaltspolitik**

Auch Deutschland steht bei einer Gesamtverschuldung von mehr als 2 Bio. Euro und einem Schuldenstand von über 80 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, unter Konsolidierungsdruck. Umso mehr ist zu begrüßen, dass Bayern auch 2012 am ausgeglichenen Haushalt festhält, Steuerermehreinnahmen dazu nutzt, Rücklagen in Höhe von 2 Mrd. Euro zu bilden und Schulden in einem Umfang von einer Viertel Mrd. Euro zurückzahlen. Das ist vorbildlich. Gleichzeitig müssen auch in der Bundesrepublik die Weichen für neues Wachstum und neue Beschäftigung gestellt und der Aufschwung durch eine gezielte Politik der Bestandspflege und der Modernisierung abgesichert werden.

Das beginnt beim anhaltenden Kampf gegen überflüssige Bürokratie, die vor allem im Mittelstand unnötig Kräfte bindet. Das „kleine Wunder“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt – ablesbar vor allem am Rückgang der Sockelarbeitslosigkeit – ist nicht zuletzt den gezielten arbeitsmarktpolitischen Reformen im letzten Jahrzehnt zu verdanken. Wir sollten nicht den Fehler machen, das Rad zurück zu drehen und die erreichten Erfolge damit zu gefährden. Aus den gleichen Gründen sind Steuererhöhungen zu Lasten der Personengesellschaften, wie sie die Opposition fordert, abzulehnen. Wenigstens ein kleiner Teil der beträchtlichen Steuerermehreinnahmen, die sich aufgrund der glänzenden Wirtschaftslage in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden eingestellt haben, müssen vielmehr wie geplant für gezielte steuerliche Entlastungen verwendet werden. Wenn der Staat die inflationsbedingte „kalte Progression“ entschärft, dann gibt er nur etwas zurück, was ihm nicht zusteht. Bessere Abschreibungsbedingungen und die steuerliche Breitenförderung von Forschung und Entwicklung im Mittelstand sollten hinzukommen. Sie setzen direkt an der Förderung von Investitionen und Innovationen an und implizieren damit ein Höchstmaß an Selbstfinanzierung.

## **Aufschwung absichern**

Massive Investitionen in Bildung und Weiterbildung, also in das Wissen und handwerkliche Können der Menschen, sind ein Muss im internationalen Wettbewerb und Strukturwandel. Sie bilden neben längeren Lebensarbeitszeiten, der stärkeren Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und der gezielten Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer auch einen der Hauptansatzpunkte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wer aufhört, besser zu werden, wird bald nicht mehr gut genug sein. Stillstand bedeutet Abstieg. Wir müssen weiterhin um so viel besser sein, wie wir teurer sind. „High-Tech“ und „High-Service“ bleiben am Hochlohnstandort Deutschland unumgänglich. Auf die Stärkung der Innovationskraft in allen Teilen der Wirtschaft kommt es entscheidend an und damit auf die offensive Förderung von Forschung, Technologie und Clusterbildung. Bayern setzt auch auf diesem wichtigen Politikfeld mit dem Programm „Aufbruch Bayern“, das im Nachtragshaushalt mit zusätzlichen 700 Mio. Euro dotiert wird, erfreulicherweise Maßstäbe. Parallel dazu müssen in einem Exportland wie Deutschland bzw. Bayern der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur vorangetrieben werden. Verkehrsengpässe dürfen nicht zur Verhinderung von Investitionen und zur Abwanderung von Betrieben und damit letztlich zur Beschäftigungs-, Wachstums- und Wohlstandsbremse werden.

## **Kraftakt Energiewende**

Zweifellos die größte nationale Herausforderung in diesem Jahr ist jedoch der erfolgreiche Einstieg in die Energiewende, nachdem der Totalausstieg aus der Kernenergie bis 2022 – auch im Kernenergieland Bayern – als Reaktion auf das Reaktorunglück von Fukushima politisch beschlossen ist. Es geht nicht nur darum, in sehr kurzer Zeit und abgestimmten Schritten den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung massiv zu steigern, genügend neue Gaskraftwerke als Kernkraftersatz zu bauen, die Speicherkapazitäten um ein Vielfaches zu erhöhen, die Lücken im Höchstspannungs- und Verteilernetz zügigst zu schließen und die Energieeffizienz weiter drastisch zu verbessern. Es kommt auch darauf an, das „magische Dreieck“ der Stromversorgung weiterhin zu erfüllen: Strom muss – ohne Blackouts – jederzeit stabil und verlässlich fließen, er muss für Unternehmen und Verbraucher bezahlbar bleiben und er muss klimafreundlich produziert werden. Die Risiken, die in der Energiewende liegen, klein zu halten und die Chancen, die sie eröffnet, zu nutzen, bedarf eines enormen gemeinsamen Kraftaktes von Wirtschaft und Staat. Nicht zuletzt im industriepolitischen Interesse Bayerns muss er gelingen. Spätestens 2022 – in nur 10 Jahren – wird das Urteil darüber gesprochen werden.

## **Schlüsseljahr 2012**

Fazit: Wir gehen von einer starken gesamtwirtschaftlichen Basis aus in das neue Jahr. Dennoch stehen Wirtschaft und Wirtschafts- und Finanzpolitik 2012 vor internationa-

len und nationalen Herausforderungen wie selten zuvor. Entscheidungen von großer Tragweite sind zu treffen und durchzusetzen. Der Wirtschaftsbeirat wird die Politik dabei im konstruktiven Dialog unterstützen.